

„Europa anders integrieren! Auf dem Weg zur Sozialunion“

– von Prof. Dr. Klaus Busch und Frank Bsirske (August 2013)

Zusammenfassung eines Konzeptes zur Vertiefung der sozialen Dimension der Europäischen Union

Im Positionspapier von Busch/Bsirske geht es um eine Weiterentwicklung und Konkretisierung des Social Compact for Europe, den der ETUC im Juni 2012 veröffentlichte¹, und dem Manifest zur Europapolitik, welches ver.di 2010 präsentierte². Da in der derzeitigen Diskussion über die Zukunft der europäischen Wirtschafts- und Währungsunion nahezu nur Maßnahmen der wirtschaftlichen Vertiefung besprochen werden, ist es notwendig, die sozialen Aspekte in den Vordergrund zu stellen.

Anstelle des von Angela Merkel vorgeschlagenen Pakts für Wettbewerbsfähigkeit, der einen Angriff auf die Sozialstaatlichkeit und die Demokratie in den Mitgliedstaaten darstellt, fordern die Gewerkschaften ein europäisches Investitionsprogramm, um die Krise zu überwinden und einen sozial ökologischen Strukturwandel einzuleiten. Dies soll durch ein möglichst umfassendes Konzept zur Weiterentwicklung der sozialen Dimension der Union gelingen. Die drei hierfür relevanten Politikfelder sind die Arbeitsmarkt- und Beschaffungspolitik, die Lohn- und Einkommenspolitik sowie die wohlfahrtsstaatliche Politik. Diese Felder umfassen Indikatoren, um Ungleichgewichte messbar zu machen und Instrumente, um diese zu überwinden.

Die Indikatoren und Instrumente werden jeweils in Haupt und Ergänzungsgruppen getrennt um die Dringlichkeitsstufe ihrer Bearbeitung darzustellen. Die Indikatoren sollten in jährlichen Analysen vorgelegt werden. Im Folgenden werden die Politikfelder kurz vorgestellt:

Die europäische Arbeitsmarkt und Beschäftigungspolitik:

Seit dem Ausbruch der Weltfinanzkrise in 2008 sind in der EU wachsende Arbeitslosenraten, hohe Jugendarbeitslosenraten und eine starke Zunahme prekärer Beschäftigungen zu beobachten. Aus historischer Sicht bewegen sich die Ungleichgewichte auf dem Arbeitsmarkt auf Höchstständen. Dies sind einige der Indikatoren, welche einen Aufschluss darüber geben können, inwiefern Ungleichgewichte auf dem Arbeitsmarkt existieren.

Um diese Ungleichgewichte zu überwinden, sind eine expansive makroökonomische Politik und eine europaweite Regulierung für Leiharbeit und Werkverträge nötig. Durch die Festlegung eines Indikators für die Arbeitsmarktsituation (Arbeitslosenrate) und eine expansiven makroökonomischen Politik zur Überwindung der Arbeitsmarktkrise, würde sich die europäische Sozialpolitik in einen bewussten Gegensatz zur derzeitigen Politik in der EU setzen. Würde eine solche europäische Sozialpolitik ernst genommen und hätte sie mindestens den gleichen Stellenwert wie die Wirtschaftspolitik, müsste folglich die EU die neoliberale Austeritätspolitik beenden und ein neues wirtschaftspolitisches Paradigma in den Blick nehmen.

Die europäische Lohn- und Einkommenspolitik:

Da die Lohn- und Einkommensentwicklung seit Jahren zu großen Verwerfungen geführt hat, ist es notwendig, zum Beispiel durch Mindestlöhne und gute Tarifpolitik diesen Trend umzukehren. Insbesondere in Deutschland kam es zur Umverteilung zu Gunsten der Kapitaleinkommen und zum Anstieg prekärer Beschäftigung. Die Schwäche der europäischen Gewerkschaften ist ein großes Problem, welche es häufig nicht schafften, Lohnsteigerungen gemäß der Regel Inflationsrate plus Produktivitätssteigerungen durchzusetzen. Am Anteil prekärer Beschäftigung, der Einkommensverteilung und der Einkommensverhältnisse erkennt man die Unterschiede in den einzelnen Staaten und den jeweiligen Handlungsbedarf. Es sollten europaweite Schwellenwerte entwickelt werden. Um negativen Entwicklungen entgegenzuarbeiten, sollte eine expansive Tarifpolitik umgesetzt und gesetzliche Mindestlöhne eingeführt werden.

Europäische Regeln für die Koordinierung der sozialen Sicherungssysteme

Bis zum Vorkrisenjahr 2007 bestand ein fester Zusammenhang zwischen Sozialausgaben und wirtschaftlicher Entwicklung. Auch wenn es hier einige Ausnahmen gab, wie zum Beispiel Großbritannien. Seit dem Ausbruch der Finanzkrise 2008 kam es vor allem durch die Austeritätspolitik in den südeuropäischen Ländern zu starken Kürzungen der Sozialausgaben. Daher ist anzunehmen, dass die negativen Abweichungen in der EU zugenommen haben. Zu beachten ist, dass die einzelnen Bereiche der Sozialausgaben unterschiedliche Gewichtungen in den Staaten bekommen. So liegt in Südeuropa der Schwerpunkt auf der Rentenversorgung und in Mitteleuropa auf der Familien- und Arbeitslosenunterstützung. Ver.di tritt für europaweite Koordinierungsregeln ein, welche jedoch nicht die einzelnen Maßnahmen betreffen sollen, die in der Hand der Staaten bleiben sollten.

Ausblick

Das von Busch und Bsirske vorgeschlagene Konzept für eine Vertiefung der sozialen Dimension der Europäischen Union stellt einen Bruch mit der herrschenden neoliberalen EU-Politik dar. Es fordert zur Überwindung der Arbeitsmarktkrise eine Politik nachhaltigen Wachstums sowie europäische Regelungen zur Beseitigung prekärer Arbeitsverhältnisse. Im Bereich der Lohn- und Einkommenspolitik setzt es sich vor allem für Maßnahmen ein, die für eine Überwindung von ruinöser Lohnkonkurrenz und von Lohndumping in Europa sorgen. Im Feld der sozialen Sicherheit soll die Entwicklung des Wohlfahrtsstaats an die ökonomische Leistungsfähigkeit der Staaten gekoppelt und auf diese Weise Sozialdumping vermieden werden.

1: <http://www.etuc.org/a/10049>

2: <http://www.verdi.de/themen/internationales/++co++d5ee55c6-c360-11e0-64ad-00093d114afd>